

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 16

Artikel: Fast nichts bewirkt
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092764>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljubomir Matić zu einem Jahr Sanktionen gegen Serbien

Fast nichts bewirkt

Gleich nach Verhängung der internationalen Sanktionen gegen «Rest»-Jugoslawien im letzten Sommer haben Witzbolde vorgeschlagen, zwischen den beiden grössten Städten des Landes, Belgrad und Niš, mangels Treibstoffs einen «Pferde-Express» einzurichten. Die Fahrt sollte sich auf dem «gelben Streifen» der Autobahn abwickeln, und für die Pferde war ein spezieller Gummihufüberzug vorgesehen, damit die Hufe nicht wund würden. Von Heu war damals keine Rede, aber vermutlich wären die Tankstellen für dessen Lagerung vorgesehen gewesen.

Auch wenn inzwischen nicht gerade der «Pferde-Express» Wirklichkeit geworden ist, so gibt es doch andere Zustände, über die die Medien berichten. So zum Beispiel eine Meldung aus Kragujevac: Die Abteilung für Innenausstattung von Crena Zastava, der grössten Automobilfabrik des ehemaligen Jugoslawien mit einer seinerzeitigen Jahresproduktion von 250 000 Last- und Personwagen, hat auf die Erstellung von Pferdesätteln für Armee, Polizei und Sportklubs umgestellt; Autos werden nur noch einige Tausend produziert; Tausende Arbeitnehmer sind arbeitslos mit einem gesetzlich vorgeschriebenen Minimallohn von 75 Prozent, was ungefähr 30 Franken entspricht.

Maschinenarbeiter sammeln Pilze

Natürlich wissen die für die Anfertigung von Autositzen angelehrten Arbeiter nicht, wie man Pferdesättel macht, weshalb man jetzt in der Umgebung nach gelernten Sattelmachern sucht. Es ist nicht bekannt, inwiefern solche Meldungen das Publikum ermutigen, aber diese Lösung stellt mit Sicherheit nicht die Arbeiter des Autowerkes zufrieden, weshalb es in diesen Tagen auch zu einem Protest der 16 000 Arbeiter gekommen ist. In einem Brief an die Regierung forderten sie die Zusicherung von Arbeit, nicht von Sozialunterstützung, auf die sie heute angewiesen sind.

Eine zweite Nachricht kommt aus dem Werk «14. Oktober» in Krusevac, und die grenzt an einen Skandal: Von der

6000köpfigen Belegschaft, die für die Produktion schwerer Bau- und anderer Maschinen, u. a. auch des T-84-Panzers, zuständig war, sind noch kaum deren 1000 tatsächlich beschäftigt. Die übrigen werden zur Pilz-, Brennessel-, Heilkräuterlese und zur Lesung anderer nützlicher Pflanzen ausgeschickt, damit die Fabrik wenigstens auf diese Weise zu Geld kommt.

Was ist auch anderes von einem Staat zu erwarten, dessen Regierungspräsident erklärt, dass «wir, wenn nötig, auch Velo fahren werden»? Er erläuterte allerdings nicht, wie denn ein Velo zu berappen wäre, wenn dieses mindestens acht Monatslöhne kostet... Und was ist von einem Staat zu erwarten, dessen Parlamentspräsident hinzufügt, dass «Serbien aus Trotz überleben» werde? Im übrigen kann man ja auch nichts anderes als Lügen erwarten, wenn allein die Tagesinflation doppelt so hoch ist wie die durchschnittliche Jahresinflation im industrialisierten Europa, wenn die Produktion auf ein Drittel gesunken ist und eine Million Erwerbstätige nichts mehr zu tun haben.

Vogel-Strauss-Politik

Bei allem Verständnis für die Ohnmacht des Staates, wirksame Massnahmen zu ergreifen, erschüttert doch die Leichtigkeit, mit der der Staat dieser Katastrophe begegnet. Erst kürzlich hat das Parlament eine entsprechende Debatte auf September verschoben, «wenn die halbjährlichen Wirtschaftsbilanzen vorliegen». Es braucht auch keinen Wirtschaftswissenschaftler, um den Unsinn der Behauptung der Staatsspitze zu erkennen, dass der Ernteertrag gut gewesen sei und dass «Serbien deswegen nicht verhungern werde».

So gewinnt man eher den Eindruck, dass der «Augenblick der Wahrheit» hinausgeschoben werden soll in der Hoffnung, dass sich inzwischen etwas Gutes ereignen werde, und dass, sollte dies nicht zutreffen, sich die Bevölkerung bis dahin mit der Agonie, die zwangsläufig daraus folgen wird, abfinden werde — genauso, wie sie sich bisher mit den schlechteren Lebensbedingungen abgefunden hat. Der Grund dafür liegt in der Tatsache,

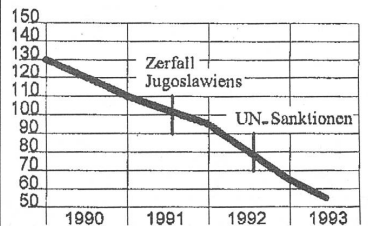
Pferdesättel statt Autositze.

«Wenn nötig, werden wir auch Velo fahren.» Doch wer kann sich ein Velo leisten, das mindestens acht Monatslöhne kostet?

Man gewinnt den Eindruck, dass der «Augenblick der Wahrheit» hinausgeschoben werden soll in der Hoffnung, dass sich inzwischen etwas Gutes ereigne.

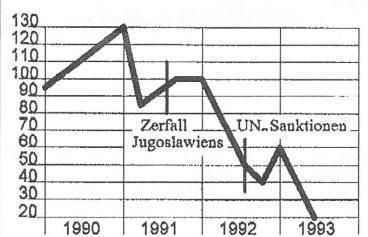
UMFANG DER INDUSTRIEPRODUKTION

Durchschnitt 1991 = 100



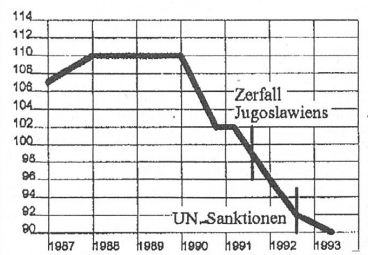
DETAILLHANDELSUMSATZ IN STAENDIGEN PREISWERTEN

Durchschnitt 1991 = 100



ANZAHL DER ERWERBSTAETIGEN IM GESELLSCHAFTLICHEN SEKTOR

Durchschnitt 1991 = 100



dass die internationalen Sanktionen bisher die negativen Wirtschaftstrends der letzten Jahre, die bereits bestanden hatten, lediglich beschleunigt haben (vgl. Tabellen aus «Ekonomska Politika, 14. 6. 93, Belgrad»).

Schuldzuweisungen statt Eigenverantwortung

Trotzdem geben die Volksverführer den Sanktionen die Schuld für die Misere, um sich jeder Verantwortung zu entziehen und beim status quo zu verharren. Falsch wäre aber, daraus den Schluss zu ziehen, dass die Sanktionen zugunsten der regierenden Strukturen in Serbien wirkten. Das wird in Serbien durchaus verstanden.

So ist der Brief der Gewerkschaft des Belgrader Unternehmens «Teleoptik-Ziroskopi» an Slobodan Milošević bezeichnend: «Das letzte, was wir können, ist, um Brot, Milch, ein bisschen Fleisch und Obst zu betteln. Uns auf die Knie werfend wird es nicht helfen, in uns die balkanische Mentalität und den serbischen Trotz zu wecken. Dann werden wir uns auch nicht damit zufrieden geben, dass auch Sie auf den Knien liegen.» Einen ähnlichen Brief hat die Belegschaft der Maschinenfabrik Zmaj aus Belgrad verfasst: «Wir warnen Sie vor einer weiteren Verschiebung und Flucht vor den Problemen, welche die Arbeiter auf die Strassen treiben werden, was zweifellos die Probleme nicht lösen, sondern unabsehbare Folgen für die ganze Gesellschaft nach sich ziehen wird. Dies sollten Sie als die letzte Warnung der Zmaj-Arbeiter verstehen», schliesst der Brief.

Ratlosigkeit bei Fachleuten

Die Regierung hat sich bisher mit dem massenhaften Druck von Banknoten durchgeschlagen, mit dem sie die Folgen des Produktionsrückgangs zu lindern versuchte. Aber auch das wird einmal ein Ende haben — wann und wie ist heute allerdings noch schwer zu sagen.

Selbst Dragoljub Vukosavljević, Direktor der Union banka, einer der führenden Banken Serbiens, weiss es nicht: «Als Bürger», meinte er unlängst, «kenne ich mich in dieser Sache nicht mehr aus. Ich sehe nicht, welche Massnahme jetzt zur Eindämmung der Inflation nötig wäre, und ich weiss auch nicht, wie lange der Dinar als Zahlungsmittel überhaupt noch eingesetzt werden kann.»

Auch Professor Ljubomir Madzar von der Wirtschaftsfakultät der Universität Belgrad, ein unbestritten hochangesehener Fachmann, fand sich ausserstande, die weitere Entwicklung zu skizzieren: «Jedenfalls bin ich weder in der Wirtschaftstheorie noch in der -praxis je auf solche Gegebenheiten gestossen», meinte er.

Berücksichtigt man die negativen Tendenzen, die schon vor den Sanktionen

Die Forderungen des Auslandes sind weder präzise noch genügend überzeugend.

Die Interessen der bosnischen und kroatischen Serben waren nicht immer kongruent zu denjenigen der Serben Serbiens.

Der Sturz von Präsident Milošević würde zu einem Chaos auf dem Balkan führen.

bestanden haben, so ist klar, dass eine allfällige Aufhebung der Sanktionen kaum zum gewünschten Umschwung in der serbischen Wirtschaft führen wird. Gleichwohl würde eine Aufhebung neben einer gewissen Lockerung aber wenigstens zur Folge haben, dass die Behauptung der Regierung, wonach die Welt und Europa und die Blockade an allem schuld seien, entkräftet würde. Leider sieht es im Moment nicht so aus, als ob die Sanktionen aufgehoben würden.

Serbisches Unverständnis

Der serbischen Öffentlichkeit ist tatsächlich nicht bekannt, welche Bedingungen Serbien und Montenegro zu erfüllen hätten, damit die Sanktionen zurückgenommen würden. Im Gegenteil, es drängt sich der Eindruck auf, dass diese Sanktionen einem der Öffentlichkeit verheimlichten Ziel dienen, was Gefühle der Ohnmacht und Resignation nach sich zieht und dazu führt, dass es den Serben nur noch um ihr eigenes nacktes Überleben geht.

Die Forderungen des Auslandes, die Kämpfe in Bosnien und Herzegowina einzustellen und den Rückzug der Serben aus den besetzten Gebieten dieser einstigen jugoslawischen Republik zu erzwingen, sind weder präzise noch genügend überzeugend. Selbst aus Belgrader Oppositionskreisen ist zu hören, dass die serbische politische Spitze je länger je mehr die Kontrolle über die Ereignisse in Bosnien und Herzegowina verliere, weshalb Forderungen an Belgrad auch nichts brächten.

Oft vergisst man im Ausland, dass die Serben in Bosnien-Herzegowina wie in der Krajina einen eigenständigen Teil des serbischen Volkes darstellen; denn in jenen Gebieten lebten sie seit jeher. In den Jahrhunderten bis 1918 gehörten Bosnien, Herzegowina und die Krajina zu verschiedenen Staaten — zum Osmanischen Reich und zur zweiköpfigen Habsburger Monarchie. Weder die bosnisch-herzegowinischen noch die Krajina-Serben waren in den beiden früheren jugoslawischen Teilrepubliken Bosnien-Herzegowina und Kroatien je enger mit den «echten» Serben, also den Serben in Serbien, verbunden.

Deshalb sind auch deren Interessen nicht immer kongruent gewesen, und ihre heutigen Ziele sind es ebenfalls nicht. Sie sind denn der eigentliche Grund für die derzeitige Konfrontation zwischen Serbenführer Karadžić und Milošević, beziehungsweise für die Differenzen, die aus Anlass der Ablehnung des Vance-Owen-Planes seinerzeit so offenkundig geworden sind. Zudem kann man nach allem, was in letzter Zeit auf der bos-

nisch-herzegowinischen wie der internationalen politischen Bühne geschehen ist, die Frage stellen, ob den Bedingungen zur Aufhebung der Sanktionen überhaupt noch irgendwelche Bedeutung beigemessen werden kann.

Milošević, der «Saddam Hussein des Balkans»?

Man könnte deshalb zur Schlussfolgerung gelangen, dass es im Grunde darum geht, die derzeitige Regierung zu entmachten, wie dies etliche Oppositionspolitiker behaupten. Doch sollte der Westen wirklich den Sturz von Milošević wollen, so hätte er doch nicht in den Dezemberwahlen die Gelegenheit verpasst, Miloševićs Gegner Milan Panić und Dobrica Čosić zu unterstützen. Statt dessen kamen damals aus dem State Departement Erklärungen, wonach es den Amerikanern weniger darum gehe, wer an der Spitze des Staates stehe, als um eine für die USA annehmbare Politik.

So ziehen die Verfechter dieser These eher einen Vergleich zwischen dem Verhältnis des Westens zu Milošević und jenem der Amerikaner zum irakischen Diktator Saddam Hussein. Das amerikanische Ziel im Irak war und ist nicht der Sturz Husseins, sondern eine gewisse Kontrolle über dessen Verhalten; denn dessen Sturz würde das labile Gleichgewicht in jener Region zum Schwanken bringen, was nicht im Einklang mit den amerikanischen Interessen stünde.

Dasselbe könnte auf die Lage in «Rest-Jugoslawien» übertragen werden. Der Sturz von Präsident Milošević würde zu einem Chaos auf dem Balkan führen. Dies um so mehr, als einige interessierte europäische Staaten sich bisher noch nicht zu ihren Vorstellungen über den Ausgang der Balkankrise geäussert haben und sich darüber hinaus auch noch widersprüchlich verhalten. Folglich müssten die Sanktionen gleich wie im Falle des Irak lediglich als Regulierungsinstrument für Belgrads Verhalten verstanden werden.

Aus diesem Grund ist anzunehmen, dass die Sanktionen weiterhin dosiert aufrechterhalten werden, bis sich Europa und die USA einig sind, wie der Balkan schliesslich aussehen soll. Wieweit diese Prognose zutrifft, wird sich wohl schon in nächster Zukunft weisen. Bis dahin, so scheint es, ist wohl der Schluss von Madzar am zutreffendsten, der meint, es sei noch alles möglich. ■